



Stadtverwaltung Pirmasens
Dezernat I, Markus Zwick
Postfach 2763

66933 Pirmasens

AfD im Stadtrat Pirmasens
c/o Regina Zipf
Am Häusel 72
66953 Pirmasens

afd@stadtrat-pirmasens.de

23.06.2023

Anfrage AfD im Stadtrat Pirmasens: Kinderarmut und Bildungsdefizite

Sehr geehrter Herr Zwick,

In einem Artikel der Pirmasenser Zeitung vom 10.6.23 wurde über eine Bertelsmann-Studie berichtet, nach welcher die Stadt Pirmasens mit einer Quote von 27,1% die höchste Kinderarmut in ganz Rheinland-Pfalz hat.

Hierzu wurde dann der Oberbürgermeister befragt, der erklärte, daß der Schlüssel zur Überwindung der Armut „Bildungserfolge“ seien.

Der Arbeitsmarkt biete wieder Ausbildungs- und Arbeitsplätze an und es gebe eine positive Entwicklung durch den „Pakt für Pirmasens“.

Allerdings sei diese positive Entwicklung in den Statistiken nicht erkennbar, weil in den letzten Jahren viele Flüchtlinge und auch Deutsche zugezogen seien, die zunächst in den Sozialsystemen gelandet wären.

So habe Pirmasens ab dem Jahr 2015 zweieinhalbmal mehr Flüchtlinge aufgenommen, als eigentlich vorgesehen waren.

Jetzt habe die Stadt wieder den gleichen Effekt mit den Ukrainern.

Er erklärte weiter, daß dieser Zuzug sich so allerdings nicht fortsetzen werde, weil der Wohnungsmarkt in Pirmasens mittlerweile an seine Grenzen gekommen sei.

Weiterhin glaube er, daß sich manch ein Arbeitsplatz durch die Migration besetzen lasse, der sonst frei bliebe und er warnte vor einem „Risiko“, wenn die Integration der Flüchtlinge nicht gelingen würde. Dieses „Risiko“ definierte er allerdings nicht.

Zudem erklärte der Oberbürgermeister noch, daß es viele freie Arbeitsplätze gebe, aber die Sozialleistungsbezieher nicht die notwendigen Fähigkeiten besitzen würden, um diese zu besetzen.

Dazu passend erschien zwei Tage später in der gleichen Zeitung ein weiterer Artikel, in welchem darüber berichtet wurde, daß im Jahr 2021 insgesamt 28 Schüler in Pirmasens nicht einmal den Hauptschulabschluss geschafft hätten.

Unter diesen würden sich allerdings auch Förderschüler befinden, die einen solchen Abschluss gar nicht anstreben konnten.

In diesem Zusammenhang erwähnte die Zeitung auch den sogenannten „Bildungsbericht 2022“, nach dem es schon im Kindergarten nicht gelinge, die vorhandenen Kompetenzunterschiede zu verringern.

Der Abbau sozialer Ungleichheiten in der Schullaufbahn bleibe damit eine Herausforderung und es gäbe zudem keine Entkoppelung von Kompetenzen und sozialer Herkunft.

So seien insbesondere Migrantenkinder am häufigsten von den drei konkret benannten „Risikolagen“ betroffen, nämlich von einem niedrigen Bildungsstand der Eltern, deren Erwerbslosigkeit sowie der Armutgefährdung des Haushaltes, in dem sie lebten.

Aufgrund dieser Berichte fragen wir die Verwaltung:

1. Kann die Verwaltung die positive Entwicklung darstellen, welche durch den „Pakt für Pirmasens“ konkret begründet wurde?
2. Wie viele Zuzüge von Flüchtlingen und Deutschen, die sofort nach ihrer Ankunft in den Sozialsystemen gelandet sind, hat die Stadt Pirmasens seit 2015 zu verzeichnen?
(Hier bitte für alle Jahre ab 2015 einzeln auflisten sowie nach Deutschen und Flüchtlingen bzw. „Nicht-Deutschen“ unterscheiden.)
3. Was bedeutet die Aussage des Oberbürgermeisters, wonach „der Wohnungsmarkt in Pirmasens mittlerweile an seine Grenzen gekommen sei“, konkret und in Zahlen?
Wie viele Wohnungen stehen für die Unterbringung von Flüchtlingen aktuell noch zur Verfügung?
(Bitte die Anzahl der noch freien und tatsächlich nutzbaren Wohnungen sowie deren jeweilige Größe (Anzahl der Zimmer) benennen sowie die Unterscheidung vornehmen, ob es sich dabei um Wohnungen der Bauhilfe oder Angebote von privaten Eigentümern handelt.)
4. Was gedenkt die Verwaltung zu unternehmen, wenn der Zustrom an vermeintlichen „Flüchtlingen“ weiter anhält und der noch freie Wohnraum aufgebraucht ist?
 - a) Ist an Sammelunterkünfte (wenn ja, wo in der Stadt?) oder eine erneute Zugangssperre gedacht?
 - b) Gibt es Überlegungen, in einem solchen Fall Druck auf private Hauseigentümer auszuüben, noch leer stehende Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen?
Wenn ja, mit welchen Mitteln?
5. Liegen der Verwaltung konkrete Erkenntnisse darüber vor, wie viele Arbeitsplätze in welchen Bereichen von „Migranten“ besetzt wurden, nachdem diese zuvor mindestens ein Jahr unbesetzt waren?
6. Welches „Risiko“ besteht für wen konkret, wenn die Integration der „Flüchtlinge“ nicht gelingt bzw. nach Erfüllung welcher Voraussetzungen (etwa Sprachkenntnisse, Arbeitsplatz) betrachtet die Verwaltung eine Integration als gelungen?
7. Was gedenkt die Verwaltung in Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten (Arbeitsamt, Jobcenter, freie Bildungsträger) zu unternehmen, um dafür zu sorgen, daß möglichst viele Sozialleistungsbezieher die notwendigen Fähigkeiten erlangen, um die „vielen freien Arbeitsplätze“ perspektivisch zu besetzen?
8. Gibt es Aktivitäten, speziell die Jugendlichen, welche den Hauptschulabschluss nicht geschafft haben, in irgendeiner Form in eine Weiterbildung oder Ausbildungsmaßnahme zu bringen und damit auf lange Sicht auf dem Arbeitsmarkt unterbringen zu können?
9. Wenn bereits im Kindergarten vorhandene „Kompetenzunterschiede“ nicht verringert werden können und auch während der Schullaufbahn die sozialen Ungleichheiten bestehen bleiben, wäre es dann nicht besser, Maßnahmen zu ergreifen, um die Kinder dahingehend individuell zu fördern, daß man sie mit „ihresgleichen“ betreut bzw. unterrichtet?
Anders herum gefragt: wie will man bei der politisch gewollten „Vermischung“ von Kindern oder Jugendlichen mit unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Kompetenz sicherstellen, daß die Besseren nicht von den Langsameren in ihrem Fortkommen aufgehalten werden?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung

Mit freundlichen Grüßen
AfD im Stadtrat Pirmasens